

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922**

249 (25.10.1922)

# Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Vertrieb: täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.  
Abzugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich  
monatlich 110.— Mark, Einzelnummer und Belegblatt 4.— Mark.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dügg, Durlach, Mittelstraße 8  
Fernsprecher 204.



Preis für die halbspaltige Millimeterzeile 1 Mk., Reklamemilli-  
meterzeile 4 Mark. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-  
mittags 4 Uhr, für dringliche Plakate-Anzeigen am Erscheinungstag  
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für  
Plakate und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-  
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezüger keine  
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 249

Wittwoch den 25. Oktober 1922.

93. Jahrgang.

## Kurze Tagesübersicht.

Der Reichstag hat das Gesetz über die Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten mit 314 gegen 76 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

Der Preis für das Anlagegeld des ersten Drittels wurde entsprechend den Anträgen des Volkswirtschaftlichen Ausschusses auf das Vierfache erhöht und das Gesetz im Reichstag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten verabschiedet.

Die innerpolitische Krise, die sich in den letzten Tagen in Berlin von sozialdemokratischer Seite her anbahnte, ist durch die Vertagung des Reichstags bis 7. November verschoben. Inzwischen wurde u. a. das Besoldungsgesetz und das Versicherungsgesetz für Angestellte erklagt.

Die englische Krise ist durch Ernennung von Bonar Law zum Premierminister weitergeschritten. Die Auflösung des Parlaments ist demnächst zu erwarten ebenso die Ausschreibung von Neuwahlen für Mitte November.

## Krisenstimmung in der Regierung.

Die katastrophale wirtschaftliche Entwicklung der letzten Wochen zwingt zu wichtigen innerpolitischen Entscheidungen, wenn nicht zu einer Regierungskrise. Die höchsten Wirtschaftsbehörden innerhalb der Regierung und der Parteien hat die Devisenordnung hervorgehoben. Dr. Wirth erklärt sich für die Aufrechterhaltung der Devisenordnung, Reichswirtschaftsminister Schmidt wünscht dagegen Abänderung zu Gunsten der deutschen Importeure. Insbesondere ist er der Ansicht, daß eine Berechnung nach Dollar beim Bezug ausländischer Waren aus erster Hand gestattet werden soll, andererseits wünscht er Verschärfungen der Devisenordnung, die insbesondere auf die Banken Auswirkungen haben würden. Die Sozialdemokratie ist sich einig darüber, daß die Devisen beschleunigt werden müssen. Voraussichtlich wird ein Ausschuß des Reichstags gebildet werden, der sich mit einem neuen Gesetzentwurf über die Devisenordnung befassen wird.

Berlin, 24. Okt.

In der gestrigen Konferenz warf Dr. Wirth die Frage auf, ob Deutschland bei seiner gegenwärtigen katastrophalen wirtschaftlichen Lage überhaupt noch imstande sein wird, die Sachleistungen aufzubringen, zu denen sich die Regierung verpflichtet hat. Im weiteren sprach der Reichskanzler von der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes. In parlamentarischen Kreisen erblickt man in dieser Rede einen deutlichen Hinweis des Kanzlers, mit allen Mitteln auf eine große Koalition hinzuwirken. Nicht ausgeschlossen erscheint auch, daß der Kanzler eine vollständige innerpolitische Neuorientierung herbeiführen will, entweder durch die Schaffung der großen Koalition oder durch die Bildung einer neuen, über den Parteien stehenden Regierung, die aus Persönlichkeiten bestehen soll, die von den Fraktionen vollkommen unabhängig sind. Wichtig wäre dann, daß diese neuegebildete Regierung mit einem festen politischen und wirtschaftlichen Programm vor den Reichstag treten und die Vertrauensfrage stellen müßte. Von dieser Entscheidung würde dann das Schicksal Dr. Wirths abhängen. Die Sozialdemokraten erheben ernste Einwände gegen die jetzige Regierungspolitik. Sie wünschen insbesondere energiegeladene Maßnahmen zur Bekämpfung des Marktlapses. In sozialdemokratischen Kreisen wird sogar verheißt, daß die Sozialdemokraten regierungs- und koalitionsunfähig seien.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 23. Okt.

Zu Beginn der Sitzung teilte Reichspräsident Eberth mit, daß das Wahlprüfungsgericht am 6. November zur Prüfung der Abgrenzung in Oberschlesien auftritt. Abg. Sölkemann (Soz.) begründet sodann die auf der Tagesordnung stehende Interpellation aller Parteien, welche Einspruch erheben gegen eine Rheinlandkommissions-Verordnung, wonach die gegen Smets verhängte admonitorische Gefängnisstrafe nicht vollstreckt werden soll. Der Reichstag solle gegen das beispiellose Vorgehen durch ein klares und festes Votum Einspruch erheben. Der Zentrumsgesandte Kaufner bezeichnet die Zustände im Rheinland als kultur- und rechtswidrig. Die Rheinlandkommission habe Smets' Wahlbarkeit unterstellt, das deutsche Volk habe kein Urteil über diesen Mann bereits gesprochen. Neben weiteren Reden, die in gleicher Weise das Vorgehen der Rheinlandkommission entschieden verurteilen, hielt Abg. Wamm (D.N.) fest, daß in dieser Frage erzkühlerweise eine Einsicht hergestellt sei. Reichskanzler Dr. Wirth beantwortet die Interpellation. Auch die Reichsregierung sehe in dem Verstoß einen schweren Eingriff in die Freiheit und Unabhängigkeit deutscher Rechtsprechung, der nicht widerspruchslos hingenommen werden dürfe. Die rechtliche Unhaltbarkeit des Verbots liege klar zutage. Unter der Zustimmung des Hauses erklärt der Kanzler, der Beschluß der Kommission verweigere nicht nur dem Reichspräsidenten und den übrigen vertretenden Personen den Schutz ihrer Ehre, sondern er beleidige auch die Richter, die das Urteil fällen. Wir haben durch die Tat bewiesen, welcher Wert auf eine reibungslose Zusammenarbeit mit der Rheinlandkommission gelegt wird; diese neue Ansicht würde aber durch solche Beschlüsse der Kommission durchkreuzt. Es ist verlangt worden, daß der Beschluß aufgehoben wird. Eine Antwort der Regierung in London, Brüssel, Paris steht noch aus.

Angenommen wird der Gesetzentwurf über die Eröffnung der Abgaben auf dem Kaiser Wilhelm-Kanal.

Bei Besprechung der Besoldungsvorlage verlannt Abg. Eichhorn (Komm.): Besserstellung der unteren Beamten sowie Abschaffung der Dr. Klassen. U. a. bekämpft Abg. v. Gallwitz (D.N.) die Bestimmung, wonach die Pensionen der Offiziere nicht bis auf die Höhe dieses Gesetzes erhöht werden sollen. Die Besoldungsvorlage wird in zweiter Lesung in der Ausschussfassung angenommen, nur bei den Ortszuschlägen wird die Regierungsvorlage wieder herbeigeholt. Die Ortszuschläge betragen daher in Dr. Klasse C 100—200, D 1200—3000, E 1500—3800, F 1800—4500 und in A 2400 bis 6000 Mk.

Es folgt dann die Fortsetzung der zweiten Lesung des Angestelltenversicherungsgesetzes. Abg. Siebel (Soz.) bekämpft den Antrag Teusch (Str.) und Moldenhauer (D.N.), der eine obere Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht wieder einführen will und beantragt namentlich Abminderung über den Antrag. Die Wiederbefreiung einer oberen Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht wird mit 226 gegen 111 Stimmen beschlossen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten und einige Arbeiter- und Angestelltenvertreter aus anderen Parteien. — Angenommen wurde die Vorlage des Besoldungsgesetzes, wonach die Besoldungsgrenze 100 000 Mk. beträgt.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Die Regierungsvorlage sah für das erste Drittel der Umlage einen Wagnerspreis von 20 500 Mk. vor. Der Ausschuß hat diesen Preis auf 28 300 erhöht. Abg. Trebbia (Soz.) hält eine solche Erhöhung für unangemessen. — Abg. Semeter (D.N.) beantragt, daß die Abkühlungsfrist auch für Saatgut abgekürzt werden kann durch Zahlung der Differenz zwischen dem Abkühlungspreis und dem Marktpreis. Reichsrechnungsrat Hebe Bittel, den Antrag auf anerkanntes Saatgut für die Frühjahrsbestellung zu beschränken. Mit dieser Änderung wird der Antrag dann angenommen. Das Haus verlegt sich auf Dienstag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Anfragen, kleine Vorlagen sowie die dritte Lesung der Getreideumlage und der Besoldungsvorlage.

## Deutschland.

Berlin, 24. Okt. Die deutschnationale Fraktion des Reichstages hat dem Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Herabsetzung der Kohlensteuer von 40 auf 30 Prozent verlangt. Weiter fordert der Antrag eine Zurückvergiftung der Steuer für Hausbrandkohlen, und zwar in gestaffelter Form, die volle Rückvergütung für alle, die das niedrigste versteuerte Einkommen nachweisen können, die Hälfte für die nächste Steuerklasse. Der Antrag wurde sofort dem Steuerausschuß überwiesen.

Berlin, 24. Okt. Dem Reichstag liegt, wie wir von parlamentarischer Seite hören, ein Antrag der Deutschen Volkspartei vor, daß den Hausbesitzern, die vom Ertrag ihres Hauses leben und sich in einer großen Notlage befinden, der auf sie entfallende Teil der Wohnungsbauabgabe erlassen wird und daß er für ihr Teil auch von den Gebäuden befreit bleiben.

Berlin, 24. Okt. Die Verbündeten haben von Deutschland eine Erhöhung der monatlich zu liefernden Pflichtkohlenmenge um rund 300 000 Tonnen auf 1 950 000 Tonnen verlangt, obwohl in den früheren Verhandlungen wiederholt nachgewiesen worden war, daß der dringende deutsche Bedarf gerade wegen der Abgabe von Pflichtkohle nicht befriedigt werden kann. Die Reichsregierung hat auf die neuen Forderungen bereits eine Antwort erteilt, in der sie darlegte, daß die Erhöhung des Lieferungsolls unmöglich ist.

Berlin, 24. Okt. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, haben sich die amerikanischen Diplomaten bei ihren Beratungen in Berlin auch mit der Frage beschäftigt, wie das amerikanische Eigentum in Deutschland geschützt werden kann. In amerikanischen Kreisen ist man nämlich davon überzeugt, daß es im Winter unbedingt in Deutschland zu Unruhen kommen werde.

Darmstadt, 23. Okt. Auf Grund der Voruntersuchung in der Anlagefrage wegen der hiesigen Ausschreitungen bei den Rathenau-Demonstrationen am 27. Juni d. J. hat die Staatsanwaltschaft gegen 14 Hauptbeteiligte Anklage wegen Mordversuchs nebst verübter Gewalt und Verletzung an das Schwurgericht beantragt, während sich weitere 55 Personen vor der Strafkammer werden zu verurteilen haben.

## „Ein ehrenwerter Mann.“

Die Regierungskommission des Saargebietes bezieht bekanntlich aus 5 Mitgliedern, dessen er es der Saarbevölkerung entnommen werden muß. Ohne Befragung der Bevölkerung hat der Völkerverbund hiesig den Dr. Hector aus Saarlouis ernannt. Von Anbeginn seiner Amtstätigkeit begegnete man Hector in der Bevölkerung mit größtem Mißtrauen, ist es doch derselbe Mann, der nach Ausweisung des damaligen Bürgermeisters von Saarlouis von der französischen Militärbehörde an seine Stelle gesetzt wurde, nachdem er vorher zahlreiche Beweise seiner französischen Sympathie gegeben hatte. Es ist derselbe Hector, der seinerzeit die Stadtverordneten von Saarlouis dazu bewegte, unter dem Schutze französischer Bannnetze die Erklärung zu beschließen, daß Saarlouis den Anschluß an Frankreich wünsche. Damals ist Dr. med. Hector einer „schlagenden“ Beweisführung über das gerade Gegenteil der Gesinnung der Saarlouiser Bevölkerung nur dadurch entgangen, daß er unter dem besonderen Schutze des französischen Ortskommandan-

ten stand. Die seinerzeit bereits von Paris funtelagerten bereitgehaltenen blau-weiß-roten Fahnen konnten daher nicht aufgezogen werden und der geplante Empfang des französischen Generalkonsuls mußte unterbleiben. Saarlouis verdiente sich damals zum zweitenmal das Lob, das ihm vor langen Jahren bereits durch einen hohen Reichsbeamten gesendet wurde, als er von der „Stadt mit dem französischen Namen und dem deutschen Herzen“ sprach.

Der Ausgang dieser Aktion war Hector nicht gerade angenehm, er wollte sich aber mit der einen Niederlage nicht begnügen und tat ein weiteres. Gelegentlich der Vortragsverhandlungen beschloß die Stadtverordnetenversammlung von Saarlouis die Abfassung einer Denkschrift, in der durch Vermittlung der Friedenskonferenz der kommenden Regierungskommission nahegelegt werden sollte, sich für die wirtschaftlichen Interessen der Stadt Saarlouis zu interessieren. Die Denkschrift wurde in deutscher Sprache verfaßt und der Wortlaut von der Stadtverordnetenversammlung festgelegt. Wie sich erst jetzt herausgestellt hat, hat Hector in der Uebersetzung der Denkschrift ins Französische dieser eine Fassung gegeben, die aus den wirtschaftlichen Forderungen der Stadtverordnetenversammlung eine Ergebniserklärung für Frankreich gestaltete.

Diese Ungeheuerlichkeit, die im normalen Rechtsleben den Hector unter die Anklage der Fälschung einer öffentlichen Urkunde gebracht hatte, hat die politischen Parteien des Saargebietes veranlaßt, sich mit einer Denkschrift an den Völkerverbund zu wenden, in der unter Darlegung des Sachverhalts und unter Beifügung der betreffenden dokumentarischen Unterlagen um Abberufung des Dr. Hector als Mitglied der Saarregierung gebeten wurde. Die Denkschrift der politischen Parteien hat folgenden Wortlaut:

„Die politischen Parteien des Saargebietes und 26 von den 30 Mitgliedern des Landrats haben unter dem 24. Juli 1922 die Bitte an den Völkerverbund gerichtet, bei der bevorstehenden Erneuerung des Mandats des saarländischen Mitglieds der Regierungskommission Herrn Dr. Hector nicht mehr mit diesem Amte zu betrauen. Sie haben gebeten, das saarländische Mitglied der Regierungskommission entweder aus allgemeinen Wahlen hervorgehen zu lassen, oder, falls hierzu die Zeit nicht ausreichen sollte, dasselbe auf Vorschlag des Landrats zu ernennen. In Ergänzung dieser Eingabe erlauben sie sich folgendes auszuführen:

Unter den vielen Gründen, die Herr Dr. Hector um das Vertrauen der Bevölkerung gebracht haben, ist einer, daß er in der Stadt Saarlouis eine ganze Reihe von Handlungen begangen hat, die ihn dort unmöglich machen. So wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 28. Juni 1919 unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Hector eine von ihm vorgelegte Denkschrift verlesen, gerichtet an die noch nicht bestehende Regierungskommission durch Vermittlung der Friedenskonferenz in Versailles. Diese Denkschrift wurde in französischer Uebersetzung an die französische Regierung weitergerichtet. Diese französische Denkschrift ist in jeder Hinsicht tendenziös abgefaßt. Die deutsche Denkschrift, wie sie von den Stadtverordneten gebilligt wurde, hatte den Zweck, unter den gegebenen neuen Verhältnissen, wie sie durch den Vertrag von Versailles nach seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Weimar auch für das Saargebiet feststanden, für die Stadt Saarlouis die Erfüllung einer Reihe von wirtschaftlichen Wünschen zu erbitten, wie Verlegung des Sitzes der Regierungskommission und des Obersten Gerichtes nach Saarlouis, Aufrechterhaltung von Saarlouis als Garnisonort, wenn überhaupt Militär im Saargebiet sein sollte usw. Diese rein wirtschaftlich gehaltene Schrift der Stadt Saarlouis macht die französische Uebersetzung durch Weglassungen und Hinzufügungen zu einer Erklärung, daß Saarlouis getreu seiner französischen Vergangenheit sei und daß es dem Adressaten, in diesem Falle also Frankreich, seine Treue und Loyalität versichert, daß es sich über die preussische Staatsverwaltung beschwert, — kurzum, die Uebersetzung fälscht die deutsche Eingabe in eine Loyalitätserklärung für Frankreich. Auf diese Weise wurde ebenjohr die Bevölkerung des Saargebietes wie die französische Regierung getäuscht. Ersterer legte man ein harmloses Schriftstück vor, das allerhand Wünsche in wirtschaftlicher Hinsicht aussprach, während die französische Uebersetzung eine politische Ergebniserklärung war, die die Stadtverordneten niemals gebilligt haben würden. Der französische Regierung aber übergab man eine Ergebniserklärung, die mit dem wirklichen Geiste der Bevölkerung nicht zu tun hatte.“

Das Bekanntwerden dieser Fälschungen hat im Saargebiet eine ungeheure Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen. Man begreift es nicht, daß ein Mann mit derartig zweifelhafter Gesinnung und bedenklicher Handlungsweise einen Posten bekleiden kann, der das größte Vertrauen der von ihm vertretenen Bevölkerung erfordert. In der Saar-Presse wurde Hector auf das schärfste angegriffen. So rief ihm die „Saarbrücker Zeitung“: „Hector möge seine Sachen hängen und das Saargebiet im Eiltempo und für immer verlassen. Für die Bevölkerung des Saargebietes wie für das deutsche Volk ist er erledigt. Ob er vielleicht nun noch in Frankreich irgendwo ein Landstuhl findet, das zu erwägen, ist nicht unsere Sache. Vielleicht heißt es auch: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan...“

Mag dieses Mitglied der Regierungskommission auch gleich seine Kreaturen in der Landwirtschaftskammer mitnehmen und ihnen sonstwo gute Posten besorgen. Dr. Hector hat schmachtvollen Landesverrat verübt durch einen gemeinen Betrug."

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ bemerkte: „Wir erkennen ihn, der in Saarlouis durch die Umschlüpfung einer wirtschaftlichen Denkschrift in eine französische Ergebnissadresse das Vertrauen der dortigen Einwohner schwer mißbraucht hat, dessen Sündenliste außerdem ein sehr langes Register von Handlungen aufweist, die von der Bevölkerung des Saargebietes keineswegs geklärt werden, nicht als Vertreter des deutschen Saarpöbels an! Wenn Dr. Hector das im Beibe hat, was man bei gewöhnlichen Menschen Charakter zu nennen pflegt, so muß er selbst Schritte unternehmen, die geeignet sind, ihn von der Bürde eines „Ministers“ der Regierungskommission für das Saargebiet zu befreien."

Was aber sagte der Völkerbundsrat, der sich mit der Frage der Verlängerung des Mandats dieses Mannes zu befassen hatte? Er bestätigte ihn auf ein weiteres Jahr und ließ ihm für seine geleisteten Dienste den Dank aussprechen. „Denn Hector ist ein ehrenwerter Mann.“ Wahrlich, es ist schwer, hierzu keine Satire zu schreiben. Gewiß, Hector hat große Vorbilder. So ist es jetzt langsam in aller Welt bekannt geworden, daß das Schicksal des Saargebietes durch eine Fälschung entschieden wurde, die der französische Vertreter in der Friedenskonferenz, Clemenceau, beging, indem er behauptete, an der Saar wünschten 150 000 Saarfranzosen den Anschluß des Saargebietes an Frankreich. Clemenceau wußte, daß diese Behauptung eine Lüge war, genau so wie Hector damals, als er die französische Uebersetzung anfertigte und sie der französischen Regierung überfandte, wußte, daß diese Uebersetzung mit Vorbedacht nicht nur eine andere Fassung, sondern auch einen anderen Inhalt erhalten hatte. Es handelt sich um eine gemeine Fälschung mit der er politische Absichten verband.

Die dem Völkerbund von den politischen Parteien überreichte Denkschrift mit der Gegenüberstellung der fraglichen Denkschriftabschnitte hätten die Mitglieder bei gewissenhafter Prüfung zu der Ueberzeugung bringen müssen, daß es sich hier um einen Fall handelt, der strengste Ahndung verlangte. Der Völkerbundsrat hat scheinbar diese Prüfung nicht vorgenommen, sich vielmehr auf die Einflüsterungen der französischen Delegierten verlassen, die ihnen sagten: „Hector ist ein ehrenwerter Mann.“

Und er ist es, denn er sagt es selbst. In einer Zuschrift an die Saarbrücker Presse, in der er sich auf den Paragraph 11 des deutschen (1) Pressengesetzes beruft, verlangt er die Aufnahme einer „Berichtigung“, in der er erklärt, sich die Darstellung des tatsächlichen Sachverhaltes dem Völkerbundsrate vorzubehalten und eine gerichtliche Verfolgung der Angelegenheit anhängig zu machen. Er behauptet weiter, daß der französische Text die allgemeine Billigung der Stadtverordnetenversammlung gefunden habe. Er sagte auch, daß die Saarkommission der Friedenskonferenz in Paris, der die fragliche Eingabe zur Weiterleitung an den Völkerbundsrat übermittelte wurde, diese Eingabe für zu lang gefunden habe. Es sei dann eine zweite Eingabe eingereicht worden. Hector bestreitet, daß die Denkschrift an die französische Regierung gerichtet worden sei, weshalb die Schlussfolgerungen unzutreffend wären.

Durch die Entscheidung des Völkerbundsrates kann das Vertrauen der Bevölkerung zu ihrem Schützer Hector nicht herbeigeführt werden. Für sie bleibt bestehen, was die „Saarbrücker Zeitung“ ihm geraten hat, nämlich schleunigst seine Sachen zu packen und im Eiltempo das Saargebiet zu verlassen. Die Hoffnung, daß Hector inzwischen selbst erkannt haben könnte, daß es unmöglich sei, seinen Posten zu behalten und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, ist bei der Geistesverfassung und Charakterbildung und Gesinnungsfähigkeit Hectors nicht zu erwarten. Es ist ja auch gar zu angenehm, im Jahre 100 000 Franken Gehalt und verschiedene tausend Franken Repräsentations-, Reise- und andere Ausgaben zu erhalten, die nach dem heutigen Markkurs einen Wert von verschätzten Millionen im Jahr ausmachen. Was das

Volk hungern und über ihn mitgestimmt sein, er hat einen großen Gesinnungsgegnen zur Seite und außerdem steht er im Schutze des Völkerbundes und der großen französischen Nation.

„Denn Hector ist ein ehrenwerter Mann!“

### Ausland.

Newyork, 25. Okt. Boincaré ersuchte Harding durch den amerikanischen Votschaffer in Paris um Belassung der amerikanischen Truppen am Rhein.

Paris, 24. Okt. Die Reparationskommission nahm die Debatte über die Vorschläge Barthous und Brabburys gegen die deutsche Finanzmisere wieder auf. Der italienische, belgische und amerikanische Vertreter präzisierten ihren Standpunkt. Die Debatte wird noch einige Tage andauern, doch herrscht in der Kommission einmütig die Ansicht vor, daß eine möglichst schnelle Entscheidung mit Rücksicht auf die sich von Tag zu Tag verschlechternde Lage der deutschen Marz unter allen Umständen notwendig sei.

London, 24. Okt. Die gestrige Konferenz der unionistischen Partei hat Bonar Law einstimmig zum Führer der Partei und zum Vorsitzenden der Fraktion im Unterhaus gewählt. Bonar Law erklärte, daß er die Regierungsbildung übernehme und begab sich dann zum König, wo er den formellen Auftrag zur Kabinettsbildung übernahm. Er hat dem König geraten, das Parlament aufzulösen, was voraussichtlich am Donnerstag verfallen werden wird. Die Ministerliste, die er dem König provisorisch vorschlug, setzt sich nach Mitteilungen aus unionistischen Kreisen folgendermaßen zusammen:

- Ministerpräsident: Bonar Law
- Außwärtiges: Curzon
- Schatzkanzler: Baldwin
- Kolonien: Derby
- Kriegsministerium: Wilson
- Marineministerium: Oberst Amery
- Handel: Steel, Maitland
- Innere: Griffith, Pöscawen
- Staatssekretariat für Schottland: Younger
- Staatssekretariat für Indien: Peel

### Die Freigabe der deutschen Vermögen in Amerika.

Die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika ist in ein entscheidendes Stadium getreten: am 2. Juni dieses Jahres wurde im Repräsentantenhaus ein Gesetzentwurf eingebracht nach welchem zunächst die sogenannten kleinen Vermögen, das heißt Beträge bis zu 10 000 Dollar, freigegeben werden sollen. Der Senatsrat nahm an den Beratungen der besonders interessierten Vereine und der Verbände von Anfang an teil, in welchen die praktischen und technischen Einzelheiten des Gesetzentwurfes vom Gesichtspunkt der deutschen Interessen aus betrachtet wurden. Es liegt die Gefahr nahe, daß deutsche Interessenten durch gewisse Institute, die sich zwecks Erlangung von Mandaten unheimlich bemerkbar machen, geschädigt werden könnten. Andererseits dürfte die Hilfe rechtskundiger Vertreter kaum zu entfremden sein. Dabei ist jedoch nach Möglichkeit zu streben, daß für die Betreibung eines evtl. gerichtlichen Verfahrens keinerlei Vorhülle zu zahlen sind, und daß die auszufüllende Vollmacht eine Klausel enthält, nach welcher der freigegebene Betrag zur ausschließlichen Verfügung des deutschen Gläubigers bei einer amerikanischen Großbank hinterlegt wird. Gerade nach dieser Richtung hin ist der Senatsrat in der Lage, seinen Mitgliedern ohne jeden Vorbehalt sachverständige Unterstützung bei Freigabe ihres Eigentums in Amerika zu leisten. Er bittet um baldige zweckdienliche Unterlagen, damit die Einzelfälle sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes ihre Abwicklung finden können.

### Baden und Nachbarstaaten.

Heidelberg, 24. Okt. (Urteil im Prozeß Mager-Pfeffer.) Im Prozeß des deutschennationalen Landtagsabgeordneten Lohar Mager in Heidelberg gegen den Hauptchriftleiter Dr. Otto Pfeffer in Heidelberg

wegen Beleidigung wurde das Urteil gefällt. Die Beleidigungen sollen bekanntlich in Zeitungsartikeln geschehen sein, die die Tätigkeit des Abg. Mager beim Verkauf der Luftschiffhalle in Lahr-Dinglingen kritisierten. Der Beklagte Dr. Pfeffer wurde, da das Gericht das Vorliegen formaler Beleidigungen annahm, zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Wahrung berechtigter Interessen der Allgemeinheit könnten, so heißt es, hier für den Beklagten nicht in Frage kommen; höchstens könnte ihm der Schutz des Par. 193, der hier von handelt, als Wähler zugestanden werden. Dr. Pfeffer wird Berufung einlegen.

Mannheim, 24. Okt. (Der Anschlag auf die Börse.) Vor dem Schwurgericht stand der 24jäh. Paul Nikolaus Jansen, der am 5. Sept. d. J. das Handgranatententat auf die hiesige Börse verübt hatte. Jansen hatte einen Sprengstoff in den großen Börsenaal geworfen; glücklicherweise waren keine Börsenbesucher mehr anwesend, so daß niemand verletzt wurde, aber es wurden erhebliche Sachbeschädigungen hervorgerufen. Die nach dem Attentat angestellten polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß Jansen zu den Nationalsozialisten gehörte und schon vor diesem Attentat bedrohte er den ihn verfolgenden Schuhmann und Passanten mit einem Revolver. Ferner wurde festgestellt, daß die Fäden des Attentats nach München liefen, wo dann drei Personen, Schumm aus Mannheim, Forster aus Gammingsen und Maurige aus München verhaftet wurden, die mit Jansen heute ebenfalls auf der Anklagebank sitzen. Sämtliche Angeklagte stehen erst in den 20er Jahren. Die Geschworenen verneinten alle Schuldfragen, die sich auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz bezogen, bejahten aber die Schuldfrage des unbefugten Waffentragens bezüglich der Beihilfe. Das Urteil lautet: gegen Jansen auf 9 Monate Gefängnis, gegen Schumm 6 Monate Gefängnis, gegen Forster 2 Monate Gefängnis. Gegen Maurige wird später verhandelt.

Bühl, 24. Okt. (Dr. Schofer über die politische Lage.) Auf dem Parteitag der Zentrums- partei des 4. badischen Wahlkreises sprach Prälat Abg. Dr. Schofer über die allgemeine politische Lage und sagte dabei u. a., die teufelische Politik der Attentatspläne gegen das Leben des Reichskanzlers gebe kein geordnetes Staats- wesen. Auch Lehrenbach und der Oberreichsanwalt hätten Drohbriefe erhalten; diese trügen ganz bestimmten Charakter. Es sei notwendig, diese Mordpolitik zu bekämpfen, aber auch die Pressepolitik gegen die führenden Männer. Die einzige patriotische Politik sei die, die zum Zusammenfallen aufrufe, um das, was drohe, womöglich abzumwenden. Wer guten Willen zeigt, in der Mitarbeit Ruhe und Ordnung zu bewahren, der sei willkommen, ob er von rechts oder von links komme. Die Getreideumlage sei keine erfreuliche Sache, sie stehe im Dienste der Armen. Die Landwirte sollten bezwingen, daß viele Landwirte, auch solche vom Bauernbund, bei der Beratung im Reichstag saaten: Nur keine Reichstagsauflösung, denn dann kommen die Landwirte unter die Räder. Die Reichstagsauflösung wäre aber gekommen, wenn das Gesetz über die Getreideumlage nicht zustande gekommen wäre. Auf Schulfragen übergehend, erklärte Dr. Schofer, dem Zentrum könne nicht zugemutet werden, mit jemand zusammen zu arbeiten, der radikale Schulideale verfolgt. Er müsse hoffen, daß man im demokratischen Lager bei der Frage des Nachfolgers von Dr. Schumm mit sich reden lasse.

Freiburg, 24. Okt. (Krankenkassentagung.) Auf der Landesversammlung der Freien Vereinigung badischer Krankenkassen begründete Medizinalrat Dr. Holzmann-Karlsruhe die Notwendigkeit einer Krankheitsstatistik. Dafür trat auch Dr. Kemner-Forsheim ein. Der Vorsitzende bemerkte dazu, die Vorbereitungen für eine Statistik der Krankheiten nach Berufs- und bildungsmäßigem Stande werden sollte. Sodann referierte Vorsitzender Hof-Karlsruhe über die Verhandlungen mit den Ärzten über die Entschädigungsfrage und berührte dabei die bedrängte

### Noch ein Sieger.

Roman von Sophie Klerck.

36) (Abdruck ohne vorherige Vereinbarung nicht gestattet.)

Er fuhr plötzlich zusammen, — da kam sie über die Straße gerade auf sein Haus zu. Peter Vermähren ging neben ihr. — Sofort fühlte er, was das bedeutete. Sie hatte ihm nicht geglaubt; sie kam zu ihm, sie wollte sich selbst ihr Urteil holen. — Um Gotteswillen! Alles, alles, — nur das nicht, Wenn er ihr gegenüberstehen mußte, ihre lebenden Blicke, ihre zärtlichen Worte ertragen sollte, — er war auch nur ein Mensch, das ging über seine Kraft.

Mit drei Schritten war er an der Tür. „Frau Ritter! Frau Ritter!“

„Was ist denn los?“

„Wenn noch jemand kommt, nach mir fragt, — ich bin nicht zu sprechen! Für niemand! Hören Sie? Für niemand! Ich fühle mich sehr schlecht, muß mich legen.“

Man hörte Schritte auf der Treppe; — die Tür schlug zu. — Herr Doktor ist leider nicht mehr zu sprechen, die Sprechstunde ist aus.“

„Wir kommen nicht als Patienten; bitte, bringen Sie Herrn Doktor meine Karte.“

„O, ich kenne Sie ja, Herr Vermähren. Ich will noch mal fragen. Aber Herr Doktor ist heute so kurz ab, — er befindet sich schlecht.“

„Indes sie schlurft doch an die Tür des Sprechzimmers und klopfte. — Keine Antwort. — Erneutes Klopfen, ein Druck auf die Klinke, — die Tür war verschlossen.“

Sitzend von Kopf bis zu Füßen stand Irene auf dem halbdunklen Korridor. Sie hatte Marung am Fenster gesehen, ihre Blicke waren sich begegnet; er mußte wissen, wer es war, der draußen stand. Würde er sie wirklich stehen lassen? Wie eine lästige Bettlerin? Sie, die er so oft seine Königin, sein Lebensglück, den größten Schatz seines Daseins genannt hatte? Wenn er das konnte, das —

Frau Ritter sammelte energisch an der Tür: „Herr Doktor! Aber ich bitte Sie doch, Herr Doktor! Das sind ja gar keine Patienten. Der junge Herr Vermähren ist es und das gnädige Fräulein.“

Peter sah auf Irene. Hierauf waren sie beide nicht gefast gewöhnt. Rasender Zorn ergriff den ruhigen, stillen Menschen. Dieser Schimpf, der dem geliebten Mädchen angetan wurde! Und er selber hatte ihr einmal gesagt, als fremde Men-

schen Angst und Zweifel in ihre Seele geworfen hatten: „Marung ist ein Ehrenmann durch und durch. Dem kann jedes Mädchen vertrauen.“

„Komm“, sagte er hart, „hier haben wir nichts mehr zu suchen.“

Frau Ritter kam verlegen zurück. „Er muß eingeschlafen sein, sonst kann ich mir das gar nicht erklären.“

Peter drückte ihr einen Taler in die Hand. „Es ist gut. Sie brauchen Herrn Doktor gar nicht zu sagen, daß wir hier waren.“ Daß dies Weib auch noch Zeuge sein mußte von der unerhörten Beleidigung. Ob die schweig?

Auf der Treppe packte Irene der Schwindel. Mit beiden Händen mußte sie sich am Treppengeländer halten. Die Zähne schlugen ihr wie im Fieber aufeinander, ihr war elend zum Sterben. Peter legte den Arm um sie und wartete still, bis sie sich wieder gefast hatte.

„Anten vor dem Hause rief er eine vorüberfahrende Droschke an; schwiegend legte sie den Heimweg zurück.“

Dabei ging Irene sofort auf ihr Zimmer, und hier, allein mit ihrem Gemüt, brach sie vollständig zusammen. Nun war die letzte Hoffnung vergangen, nun mußte sie an ihr Schicksal glauben. Daß er ihr das antun konnte, das —

Warum hatte er sie nicht sterben lassen damals, als der Tod schon neben ihrem Lager stand und die Hand nach ihr ausstreckte? Warum hatte er das erschöppte Herz immer wieder zu neuer Tätigkeit angetrieben, wenn er ihm jetzt so furchtbaren Schmerz zufügen wollte. Damals in seinen Armen zu sterben, wäre eine Gnade gewesen! Was sollte ihr jetzt noch ihr elendes, zerrüttetes Leben. —

Sinter der Gardine seines Zimmers hatte Marung ge- standen, und seine Blicke hing an der geliebten Gestalt, bis der Kuss der den Schlag zuschlug, und das bleiche Gesicht im Dämmer des Wagens verschwand.

Da schlug er die Hände vor das Gesicht und weinte schluchzend, hilflos wie ein Kind.

27.

Zum Erstaunen der Verwandten war Irene nicht zu bewegen, für einige Monate zu verreisen. Sie gab vor, sich elend zu fühlen. Die Wahrheit war, daß sie den Mut nicht hatte, Hamburg zu verlassen, so lange Marung noch dort weilte. Es stand bereits in den „Nachrichten“, daß er zum ersten April nach Moskau gehen werde, und jedermann fand es richtig und taktvoll von ihm daß er fortging.

Unendlichen Staub hatte die Lösung der Verlobung aufgewirbelt, aber an Irene selbst traute sich keine Bosheit heran.

Sogar Frau Albrecht hatte nicht den Mut, ihr einige ihrer kleinen Epochen zu sagen, als sie zum ersten Male wieder in das blasse Gesicht sah, in dem so gar nichts mehr an die lustige, übermütige Irene von einst erinnerte.

„Müdig eingepackt hat sie“, erzählte sie nachher ihrem Mann, „so was Schmalbäckiges und Sobläugiges, wie sie ge- triegt hat. Ganz alt sieht sie aus. Na, ich bin es das auch nicht, so liden verlassen zu werden. Jetzt wird Egon Vermähren sich auch wohl bedanken, den Ritter aus der Not zu spielen. Na, ja, so kommt es; wie man sich bettet, so liegt man. Erst war ihr keiner gut genug, jetzt wird sie wohl eine alte Jungfer werden.“

Es war Ende März, als Irene an einem Abend, es dun- telt schon stark, oben am Fenster ihres Zimmers saß und auf die Straße sah. Sie sah jetzt oft so stumpf und untätig be- müde allen Kammers und doch nicht imstande, sich zu energischer Tätigkeit aufzuraffen. Bei den Menschen nahm sie sich auf- ammen, da daß ihr ihr Stolz, aber so viel wie möglich um sie allen Menschen aus dem Wege. — Nur Klara Lebermann sah sie gern kommen, es war die einzige, von der sie etwas über den Geliebten erfahren konnte.

Anfangs hatte Klara sich geschweigt zu kommen; ihr war, als sei sie mitschuldig an Drenes Leid, da es ihr Vetter war, der dies Leid verursachte. Sobald sie aber sah, daß ihre Besuche dem armen Herzen eine Wohlthat waren, kam sie, so oft es ihre Zeit erlaubte. Freilich, auch sie sah Marung jetzt selten, er hatte sich ganz in Arbeit vergraben, aber sie wußte doch, daß er in den nächsten Tagen reisen werde, ja, sie hatte ihm selbst bei dem Vaden seiner Sachen geholfen.

Heute abend wollte sie kommen. Irene sah dem Dampfboot entgegen, daß sie bringen mußte. Da ging unten langsam eine hohe Gestalt die Straße entlang. Sie preschte die Hand auf das Herz, und ihre Augen wurden weit. So hatte sie oft Marung kommen sehen, das war sein Gang, seine Gestalt, seine Haltung. Konnte eine Ähnlichkeit so täuschen? Die Dunkelheit war zu groß, um etwas von den Zügen zu unterscheiden, aber sie sah doch, daß das Gesicht dem Hause zuwandte. Jetzt war er an der Pforte — würde er — Nein, irgend- aber gleichmäßig fortsetzend ging der einsame Wanderer vor- über.

„Du mußt dich geirrt haben“, sagte Klara eine halbe Stunde später. „Sanz ist heute abend im ärztlichen Verein. Er wird selbst sprechen, seine Abschiedsrede, und sah, als in heute nachmittag bei ihm war, bis über die Obren in Arbeit.“

(Fortsetzung folgt.)

finanzielle Lage der Krankenkassen, die durch die neuzeitigen ärztlichen Honorare und sonstige Krankheitskosten außerordentlich belastet wurden. Die Tagung nahm hierzu eine Entscheidung an, in der der geschäftsführende Vorstand der Freien Vereinigung aufgefordert wird, sofort in weitere Verhandlungen mit den Vorkontrollorganisationen einzutreten und dahin zu wirken, daß auch in Baden reiflos diejenigen Bestimmungen zur Abgeltung der ärztlichen Leistungen durchgeführt werden, wie sie im ganzen Reich durch die Spitzenorganisationen abgeschlossen sind. Weiter befaßte sich die Tagung mit der Ueberverteilung der Krankenkassen durch gewisse Zahnärzte und nahm hierzu eine Entscheidung an, mit den Zahnärzten in Zukunft nur solche Verträge abzuschließen, nach denen es den einzelnen Kassen überlassen bleibt, günstigere Bedingungen je nach Lage der örtlichen Verhältnisse zu erwirken. Es müsse Sache jeder einzelnen Kasse sein, zu bestimmen, wieviel Zahnärzte zugelassen werden sollen. Weiter wurde erörtert die Erhöhung der Beiträge; beabsichtigt ist eine Beitragserhöhung der Krankenkassen, zu der sämtliche Krankenkassen der Landes Beiträge zu leisten hätten. Schließlich wurde noch das Problem einer Arbeitslosenversicherung erörtert.

**Freiburg, 24. Okt.** (Millionendiebstahl.) Ein Millionendiebstahl wurde an einem der letzten Tage in einem Schnellzug zwischen Mannheim und Freiburg verübt. Einem Engländer wurde von ihm noch unbekanntem Täter eine Reisetasche entwendet, in der sich u. a. 15 000 französische Franken, 100 belgische Franken und wertvolle Brillantennadeln, Ringe usw. befanden. Die Gegenstände stellen einen Wert von mehreren Millionen dar. Auf ihre Verbringung ist eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt.

**Schöffheim, 24. Okt.** (Opfer des Dienstes.) Bei der Verhaftung von zwei Landstreichern ist Gendarmeriewachmeister Drendorf angeschossen und schwer verletzt worden. Er wollte in Maulburg zwei Individuen wegen nicht ausreichender Auslandsbescheinigungen. Der eine der beiden sprach gebrochen deutsch und hatte einen Paß auf den Namen Walter aus Saarbrücken lautend. Als sich der Wachmeister kurz vor Maulburg einen Augenblick umwandte, zog dieser angebliche Walter einen Revolver und schoß auf Drendorf. Die Kugel ging durch das Auge, das verloren ist. Der Täter flüchtete, konnte aber später verhaftet werden, ebenso sein Begleiter ein Franzose. Man nimmt an, daß die beiden einer Schmugglergesellschaft angehören oder Werber der Fremdenlegion sind.

**Lahr, 24. Okt.** (Mörder.) Auf der Station Friesenheim wurde der verheiratete Eisenbahnarbeiter Adolf Ehret von Schutterheim beim Abwinken von einem Zug überfahren und so schwer verletzt, daß er starb. Die weltbekannte Schmutzfabrik, das Handels- und Fabrikgeschäft Gebr. Lohbed ist an den Großkaufmann Karl Ehrhardt in Hamburg, einem gebürtigen Lahrer, verkauft worden. — Bei der Fremdenkontrolle wurden in einem hiesigen Sotel fünf Personen, drei Burjaken und zwei Mädchen im Alter von 16—18 Jahren festgehalten, die dort seit etwa 8 Tagen wohnten und völlig mittellos waren.

**Konstanz, 24. Okt.** (Schmuggler.) Hier wurden fünf Schweizerinnen verhaftet, die von der Leibziger Messe kamen und je zwei prächtige Pelze über die Grenze schmuggeln wollten. Die Pelze wurden beschlagnahmt und jede der Schweizerinnen zu 50 000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Karlsruhe, 24. Okt.** (Schwurgericht.) Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte gestern das Schwurgericht gegen den 42jährigen Ingenieur Hermann Krumm aus Sigmaringen. Der Angeklagte war des Vergehens gegen die §§ 176, 1 und 177 R.-Str.-G.-B. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

### Aus Stadt und Bezirk.

— Personalnachricht. Professor Hans Vug von der Goethehohle in Karlsruhe in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium in Durlach verlegt.

**Durlach, 25. Okt.** Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl am 19. November 1922 liegt, wie aus der Bekanntmachung im Anzeigenteil hervorgeht, in der Zeit vom Donnerstag, den 26. Oktober bis 2. November ds. Js., jeweils von vormittags 9—12 Uhr und nachmittags 3—6 Uhr, am Sonntag, den 29. Oktober und Mittwoch, den 1. November (Allerheiligen), jeweils von vormittags 11—12 Uhr, in den Räumen des polizeilichen Meldeamts (in der früheren Schlosskaserne) zu jedermanns Einsicht auf. Die in die Wählerliste aufgenommenen wahlberechtigten Personen erhalten in den nächsten Tagen eine besondere Benachrichtigung zugefleht. Wer bis zum 30. Oktober ds. Js. eine solche Benachrichtigung nicht erhalten hat, ist nicht in die Wählerliste eingetragen und in die Eintragung bis spätestens Ablauf der Anlagfrist (2. November ds. Js., abends 6 Uhr) beim Meldeamt zu beantragen. Wer in die Wählerliste nicht eingetragen ist, darf nicht wählen. Nach Ablauf der Anlagfrist werden Einsprüche nicht mehr angenommen. Die zugehende besondere Benachrichtigung wolle aufbewahrt und zur Wahl am 19. November ds. Js. mitgebracht werden. Im übrigen sei auf die Bekanntmachung verwiesen.

**Durlach, 25. Okt.** Kommenden Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 4 Uhr, hält der Zitherverein Durlach im Saale zur „Blume“ sein Spätjahrskonzert verbunden mit Ball ab. Das Programm ist auch dieses Mal wieder reich ausgestattet und wird der Verein unter geistl. Mitwirkung von Fräulein Thilde Ahmmele (Sopran) und unter der Leitung des Herrn Musiklehrer J. Allich aus Karlsruhe sein bestes Können zeigen. Die Plätze sind nummeriert und sind Karten mit Programm im Vorverkauf beim Musikhaus Weiß zu haben. Wir wünschen dem Verein ein volles Haus.

**Die teuren Spirituspreise.** Die Reichsmonopolverwaltung hat den Preis für einen Liter Brennspiritus von 40 auf 180 Mark erhöht. Nur Fabriken erhalten bei feiner Abnahme von mindestens tausend Litern den Spiritus für 171 Mark pro Liter.

**Die billige Zigarette 10 Mark.** Die Zigarettenfabriken haben dem Kleinhandel neue Preise für Zigaretten vorgeschrieben. Alle vom 20. Oktober ab von den Fabriken

neubezogene Ware ist zu den neuen Preisen zu verkaufen. Diese sind so bemessen, daß die billige Zigarette 10 Mk. kostet.

**Tea ist jetzt feiner.** Viele Leute waren daher in der Art, daß sie die Teeblätter zweimal benützen. Das ist falsch. Läßt man, wie oft empfohlen wird, den aufgedröhnten Tee trocknen, um ihn nochmals zu verwenden, so erhält man meist ein sehr bitteres Getränk, das außerordentlich viel Zucker zum Süßen beansprucht. Seit man jedoch den Tee, um ein Viertel verringert, mit kaltem Wasser in der erforderlichen Menge an, bringt ihn bis zum Kochen und läßt ihn dann genau nach der Uhr vier Minuten ziehen, dann wird er ebenso stark, wie bei dem früher verwendeten „vollen“ Quantum, und die Teeblätter sind reiflich ausgelaugt, können also unbedenklich wiederverwendet werden. Man spart auf diese Weise ein Viertel des Tees.

### Die Unterversicherung.

Von Fritz Johannes Vogt, Steuerinspektor in Apolda.

Die Unterversicherung aller Vermögensgegenstände, die durch die sprunghafte Zerstörung nachgerade erzeugt ist und die dauernd anwächst, ist auch steuerlich ein besonderes Problem. Solange ein Betrieb oder ein Vermögen nicht ordnungsgemäß gegen unberechenbare Schäden versichert ist, werden Gewinne ausgewiesen und versteuert, die nach der Ansicht vorsichtiger Geschäftsleute nicht hätten ausgewiesen werden dürfen, die vielmehr zur ausreichenden Versicherung hätten verwandt werden müssen. Nach der bisherigen Rechtsprechung steht fest, daß jemand, der seinen Betrieb mit einer Versicherungsgesellschaft abschließt, in der sich eine Rücklage bildet für den Versicherungsfall, diese Rücklage nicht steuerfrei als Untoten abgeben kann. Das hat auch wirtschaftlich eine gewisse Berechtigung. Solche Rücklagen können nur bei ganz ungewöhnlich großzügigen Verhältnissen als Schutz gegen Sondernfälle angesehen werden.

In der Praxis zeigt sich die sogenannte „Selbstversicherung“ trotzdem immer mehr durch, und zwar auch man die steuerlichen und die wirtschaftlichen Nachteile durch gemeinsame Vorhaben Mehrerer zu vermeiden. Man muß in diesem Vorgehen einen Auslöser des gemeinschaftlichen Gedankens setzen. Während die Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit und die Aktiengesellschaften sich wirtschaftlich in ihrem Geschäftsbetrieb und als Großbetrieb kaum wesentlich voneinander unterscheiden, sind die Zusammenschlüsse, die sich heute zum Zweck der Versicherungszwecke bilden, meist auf einen engen, übersichtlichen Kreis von Genossen beschränkt. Soweit eine solche Beschränkung auf einen bestimmten Kreis vorliegt, hat das Reichsaufsichtswesen für Privatversicherung bisher die „Versicherungsgesellschaft“ nicht der staatlichen Aufsicht unterstellt. Solche Zusammenschlüsse haben sich bei Konzernen aus großartigen Berechnungen gebildet. Aber auch bei Klein- oder Mittelbetrieben sind sie entstanden, weil der Kampf gegen die drohende Unterversicherung eben neue Formen gelteht. Wesentlich wie bei einer landwirtschaftlichen Genossenschaft liegt der Schwerpunkt und der Grundgedanke der hier neuen „Versicherung“ darin, daß man sich gegenseitig gut kennt. Steuerlich erweist sich bei solchen Zusammenschlüssen, daß die Zahlungen an den Grundstock namhaft abzugsfähig sind. Außerdem können aber auch steuerliche Mehrerträge gebildet werden, wenn eine gegenseitige Haftung für den Schadensfall übernommen wurde, denn dann liegt eine reine Schuldverbindlichkeit vor. Wirtschaftliche Verbände haben diese Gedanken bereits aufgegriffen. Man hat die geringe Verwaltungsarbeit für die versicherungsmäßigen Zusammenhänge in den Verbandsbüros teils mitübernommen. Ähnlich hat darüber hinaus ein Verband, dem achttausend Betriebe angeschlossen sind, den Plan entworfen, einen Versicherungsschutz neben der Verbandsarbeit zu gewähren. Es handelt sich in diesem Falle darum, daß die Versicherung als Nebenabrede gewährt werden soll, ähnlich wie bei der Abonnentenversicherung. Natürlich kann es sich dabei nur um einen ideellen Schutz der Verbände handeln. Gewisse Verluste werden durch die Verbände zu kontrollieren. Andere Verluste müssen bei der Festimmung der Versicherungssumme herbeigeholt werden. Alle diese Formen sind ja auch nicht als Ersatz für das Versicherungswesen gedacht, aber das doch nur in ganz seltenen Ausnahmefällen. Gewöhnlich wird eine Zulageversicherung beabsichtigt, um die Ueberpreise zu decken, die von der allgemeinen Versicherung bei der Uebererzeugung nicht mit ersetzt werden.

Solche Selbstversicherungen werden auch von den Versicherungsgesellschaften mehr und mehr eingeführt. Sie sind heute unentbehrlich. Hier ist die Bauversicherung zu erwähnen, die als Ergänzung zu bestehenden Feuerversicherungen abgeschlossen wird. Einige öffentliche Feuerversicherungsanstalten und auch private Gesellschaften verpflichten sich bereits, in unbegrenzter Höhe den tatsächlichen Mehranspruch zu decken, der heute in einem Schadensfall entsteht. Auch die Feuerversicherungen auf erstes Risiko werden viel gesucht. Bei einer derartigen Versicherung wird nicht nur die Versicherungssumme bei einem Totalschaden gewährt und in jedem anderen Falle entsprechend dem Teilschaden auch nur ein Teilbetrag der Versicherungssumme gewährt, sondern es wird bis zur Höhe der Versicherungssumme jeder entstehende Schaden gedeckt.

### Politisches Merkmal.

Es ist zu verstehen, daß es uns an C. o. fehlt, obwohl unsere Papiergeldpressen sich behaupten vor Arbeit? Was heute an Zettelgeld gedruckt wird, übertrifft in einer einzigen Woche das, was nach vor einigen Jahren während eines ganzen Jahres an neuen Zahlungsmitteln erzeugt wurde. Und trotzdem haben wir kein Geld! Wie kommt das? Es ist eine der vielen Sinnlosigkeiten, zu denen die gegenwärtigen Zustände unsere Volkswirtschaft verurteilen, daß es uns an Zahlungsmitteln fehlt, obwohl wir nichts eifriger betreiben als den Druck neuen Papiergeldes. Eben deshalb mangelt es uns daran; denn weil nun das Geld keine innere Kraft mehr besitzt, und weil gleichzeitig der Staat mancherlei tut, was das erschütterte Vertrauen zu der Gesundheit unserer Währung zu vermindern geeignet ist, spielt sich jenes ununterbrochene Sinken des deutschen Geldwertes ab, das uns immer von neuem in Schrecken versetzt. Die Ursachen der Geldnot werden wir vor allem in zwei Erscheinungen zu suchen haben: Erstens in dem Hamstern von Geld, wie es sich in vielen Volkskreisen eingebürgert hat — und zweitens in dem Abfluß deutschen Geldes ins Ausland. Das Unnügen deutschen Papiergeldes in Deutschland selbst gehamstert sind, weiß jedes Kind. Zwar ist es gelungen, manche Kreise der ländlichen Bevölkerung, die sich in die Geldwirtschaft längst vollkommen eingelebter haben, auch an die Börse anzuschließen, so daß sie ihr Geld wenigstens zum Teil bei Banken stehen haben und damit in Wertpapieren spekulieren. Immerhin ist das nur ein verschwindender Teil der ländlichen Bevölkerung. Die bäuerliche Bevölkerung ist zwar mit beiden Füßen in die Geldwirtschaft unserer papiernen Zeit alter hineingesprungen, aber sie hamstert ihr Geld und gibt dafür nur soviel wieder heraus, wie sie unmittelbar für Zahlungszwecke braucht. Alles andere verschwindet in den bäuerlichen

Truben und Gelderdesten. Nur in den bäuerlichen Geldverstecken? Ach nein! Auch in den Städten wird Geld nach Kräften gehamstert. Hier ist es, wie größtenteils auch auf dem Lande, hauptsächlich unsere Steuerpolitik, die das verschuldet. Durch die Aufhebung des Bankgeheimnisses sowohl als auch durch das Emporschieben der Steuerlast ohne Rücksicht auf die Psychologie des Wirtschaftslebens haben wir es verstanden, das Geld von den gefunden Aufbewahrungsmethoden abzuschrecken, die früher üblich waren, und sie durch das volkswirtschaftlich unbrauchbare System des Geldhamsterns zu ersetzen. Wenn jeder, der von seinem Einkommen etwas erspart, dafür bestraft wird, indem ihm die Steuer die Hälfte oder noch mehr des Ersparnisses fortnimmt, so ist es kein Wunder, daß er den Ueberschuß zu beseitigen sucht. Das geschieht entweder durch jene Verschwendung, die dem Beobachter in Deutschland überall entgegentritt, oder durch Geldhamstern. Wie viele Hundert- oder Tausendmarkscheine der Bauer, der Bäuerin oder der Arbeiter im stillen Kämmerlein verbirgt, wird die Steuerbehörde bei der größten Schnüffelei nicht herausbekommen, während sie durch die Aufhebung des Bankgeheimnisses genau kontrollieren kann, wie viele Wertpapiere er besitzt. So hat sich der widersinnige Zustand herausgebildet, daß unsere Effekten nicht mehr viel wert sind, während es überall an Bargeld fehlt. Das Geld ist eben aus den Kanälen einer gefunden volkswirtschaftlichen Verteilung durch den Steuerdruck herausgedrückt und in die Hamsterverstecke vertrieben worden. Es läßt sich nicht sagen, wie gefährlich dieser Zustand ist. Unter anderem bringt er es mit sich, daß der Ausländer heute für ein Linsengericht wertvolle deutsche Aktien erstehen kann. Der Amerikaner, der in Deutschland für ungläublich wenig Geld reist und sich veranlagt, kann eine Norddeutsche Lloyd-Aktie für ganze 3 Dollars kaufen, während er im Frieden deren mehr als 250 zahlen mußte. Aber auch im Verhältnis zu den Binnenpreisen sind unsere Aktien entwertet. Eine wertvolle Aktie kostet heute vielfach weniger als ein Anzug oder ein Paar Maßtiefel. Ungezählte Milliarden, die bei gesunderer Steuerpolitik Anlage suchen würden, liegen eben unbeschäftigt in allen möglichen Verstecken.

### Vermischtes.

#### Die Dollargeschäfte des Dreißigjährigen, Der Villen- und Autobesitzer.

In einem Berliner Bankhaus stellten sich dieser Tage im Zentralbüro, dessen Vorsteher ein 30jähriger Siegfried G. ist, größere Unregelmäßigkeiten heraus. Auf Grund eingehender Kontrolle der Bücher wurde darauf der 20jährige Vorsteher verhaftet, Siegfried G., der aus bestem Hause stammt, war infolge seiner Fahigkeiten auf den verantwortungsvollen Posten eines Vorsteheren gerasen worden. Das ihm geschenkte Vertrauen mißbrauchte er aber. Seit dem Juni ds. Js. eignete er sich etwa 3000 Dollar aus dem Guthaben seiner Bank an. Er besaß obendrein noch die Dreißigkeit, die von ihm im Zentralbüro unterschlagenen Dollarsnoten durch eine Filiale derselben Bank auf sein Konto im Zentralbüro einzuzahlen. Mit diesem Dollarvorrat begann er dann die wilden Spekulationen und brachte es schließlich auf mehrere Millionen Deutsche Reichsmark. Er kaufte sich nach und nach zwei Automobile, ein Motorrad und richtete sich in einem Vorort Berlins eine Villa hochherrschaftlich ein. Daß er sich auch erschlaffig kleidete und seinen Wünschen entsprechend lebte, fiel vorerst weiter nicht auf, da er in seiner Vertrauensstellung ein ansehnliches Gehalt bezog. Als man seinen Veruntreuungen auf die Spur kam, versuchte er die ganze Affäre recht harmlos hinzustellen und entschuldigte seine Verfehlungen damit, daß er sich die Dollarkonten nur geliehen habe. Als die Leiter der Bank darauf auf sofortige Rückzahlung dieser Schuld drangen, war er in der Lage, nur 2000 Dollar herbeizuschaffen. Durch die sofortige Beschlagnahme sämtlicher Wertobjekte des G. dürfte der Schaden des Bankhauses gedeckt sein. G. ist jetzt nun doch gefänglich, die Millionenbeträge unterschlagen zu haben und wird dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Für seine „junge Herren“ vom Schloß des Vorsteheren, die in gewissenloser Weise sich zum Schaden des Volkes bereichern, indem sie durch ihre Spekulationen den Dollar künstlich in die Höhe treiben, sollten besonders schwere Strafen auferlegt werden. Hier muß rücksichtslos durchgegriffen werden. Prügel- oder Todesstrafe wären nicht zu streng.

**Die Polizeimedeanlage für Berlin.** Hinsichtlich der Einrichtung der Feuermelder wird Berlin in absehbarer Zeit jetzt auch eine Polizeimedeanlage nach amerikanischem Vorbild bekommen, jedoch von führenden deutschen Firmen verbessert und hergestellt. Vorläufig hat das Polizei-Präsidium probeweise einen solchen Melder am Rathausportal in der Spandauer Straße errichten lassen. Nach dem Urteil der Prüfungskommission wird dann entweder diese neue Einrichtung auch dem Publikum zugänglich gemacht werden, oder nur zur Verbindung der Dienststellen mit ihren auf der Straße befindlichen Beamten dienen. Sollte sich das System bewähren, so werden an den verschiedensten Verkehrspunkten der Stadt derartige Stand- oder auch Wandmelder mit Signallampen aufgestellt werden. Die Einrichtung des Melders besteht aus einem Hebelwerk, das nach der verschiedenen Einstellung in einer Zentrale eine Signalvorrichtung betätigt. Umgekehrt können aber auch die Polizeibeamten der Patrouillen und Posten von dieser Zentrale benachrichtigt werden, indem durch die auf dem Melder angebrachte Signallampe weithin sichtbare Morsezeichen gegeben werden. So wird man in der Lage sein, Polizeifreien verschiedener Strafen auf einen Punkt zu konzentrieren. Auch die Verbindung eines Telefons mit diesen Meldern ist in Aussicht genommen.

### Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Dienstag in Frankfurt 441,25 G., 443,75 Br., in Berlin 446,95 G. und 449,06 Br.

1 Schweizer Fr.	= 808,75 G., 813,25 Br.
1 italienischer Lire	= 181 G., 182 Br.
1 Pfund Sterling	= 19600,75 G., 1756,50 Br.
1 holl. Gulden	= 1747,50 G., 1756,50 Br.
1 tschech. Krone	= 141,50 G., 142,50 Br.
100 österreichische Kronen	= 5,88 G., 6,01 Br.
1 un. Krone	= 875,75 G., 180,25 Br.
1 schw. Krone	= 1175 G., 1181 Br.

#### Nutzenliches Wetter.

Bei zunehmendem Luftdruck und vorwiegend nördlichen Luftströmungen ist für Donnerstag und Freitag weiterhin heißes, novembermäßig kühles Wetter ohne nennenswerte Niederschläge zu erwarten.

